

VÖB-Kapitalmarktprognose: Anhaltende Energiekrise und ausbleibende Reformen belasten

17.06.2026

- Deutsches Wachstum für 2027 zwischen 0,8 und 1,2 Prozent
- Investitionsschwäche, Exportmärkte und demographischer Wandel bereiten Sorgen
- Unsicherheit bei weiterem Kurs der EZB

Frankfurt – Die Energiekrise im Zuge des Iran-Konflikts belastet weiterhin die Konjunktur- und Inflationsaussichten. Zudem mangelt es in Deutschland an positiven Impulsen durch ausbleibende Reformen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Vor diesem Hintergrund haben die Kapitalmarktexperten Manfred Bucher (BayernLB), Sonja Marten (DZ BANK), Ulf Krauss (Helaba) und Dr. Jens-Oliver Niklasch (LBBW) am Mittwoch bei einem Pressegespräch des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB in Frankfurt ihre aktuellen Prognosen vorgestellt.

Unter den Analysten besteht weitgehend Einigkeit über das schwierige geopolitische Umfeld und die enttäuschende Reformpolitik. Die **Wachstumsprognosen für Deutschland** bewegen sich für das Jahr 2026 bei 0,5 bis 0,7 Prozent, für das Jahr 2027 zwischen 0,8 und 1,2 Prozent. Sorgen bereiten den Experten zudem die anhaltende Investitionsschwäche der Unternehmen bei gleichzeitiger Ausweitung des Staatskonsums, das Wegbrechen des chinesischen Marktes für die deutsche Exportindustrie sowie der demographische Wandel, der das Produktionspotenzial belastet.

Bei den **Inflationsraten** wird für die Eurozone ein Anstieg auf bis zu 3,4 Prozent auf Sechs-Monats-Sicht erwartet, für Deutschland sogar auf bis zu 3,8 Prozent. Wie die EZB hierauf reagiert, wird unterschiedlich gesehen. Während die LBBW mit Blick auf die Gefahr von Zweitrundeneffekten zwei weitere Zinsschritte um je 25 Basispunkte erwartet, geht die BayernLB angesichts der fragilen ökonomischen Lage und ersten Anzeichen von Problemen am Arbeitsmarkt von keinen weiteren Erhöhungen mehr aus.

Die Prognosen für die **Rendite zehnjähriger Bundesanleihen** bewegen sich für die kommenden zwölf Monate zwischen 2,90 und 3,35 Prozent. In einem Risikoszenario, etwa mit einer erneuten Eskalation im Nahen Osten, ist allerdings ein nachhaltig höheres Zinsniveau über die gesamte Zinskurve zu erwarten als im Basisszenario.

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-202

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 64 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.200 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Viertel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 57 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken im VÖB haben im Jahr 2025 Förderdarlehen in Höhe von knapp 80 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören rund 65.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an. Weitere Informationen unter www.voeb.de

Pressekontakt:

Tel.: 030 8192-161

Fax: 030 8192-167

E-Mail: presse@voeb.de

Internet: www.voeb.de